

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Markige Worte haben wir eben vernommen. Es wäre wohl nicht nur uns lieber, sondern auch dem Thema angemessener gewesen, wenn die verehrten Vorredner, statt sich in verbaler Kraftmeierei zu ergehen, mal ein wenig auf die Fakten und Grundlagen für den Haushalt eingegangen wären.

Ich will dem Kollegen Weisbrich einen gewissen logischen Bruch – das ist bei Ihnen nichts Ungewöhnliches, Herr Kollege, trotzdem – sofort zu Beginn meiner Ausführungen nachweisen. Herr Weisbrich, in Ihrer Beantragung war die Rede davon, den Nachtrag zurückzuziehen. Sie fordern hier vorne jetzt aber gleichzeitig eine Ergänzung zum Nachtrag. Irgendwie müssen Sie sich mal festlegen. Was darf's denn bitte sein?

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Im Laufe der letzten Wochen sind ja einige Gemeinsamkeiten der abgewählten ehemaligen Regierungskoalitionäre verloren gegangen. Aber in einem scheinen Sie sich tüchtig einig zu

sein, nämlich in dem Bemühen darum, auf jeden Fall eine Schlussabrechnung mit Ihrer verfehlten Politik der letzten fünf Jahre zu vermeiden.

(Zuruf von der CDU)

Das können, wollen und werden wir Ihnen aber nicht ersparen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie uns hier mit dem Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen quasi drohen möchten, sage ich Ihnen: Angesichts der Entscheidungen, die wir in den letzten fünf Jahren haben zur Kenntnis nehmen dürfen, müssen Sie, glaube ich, vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen größere Angst haben als die jetzige Regierungskoalition. Das mit Verlaub!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle nicht das in den vergangenen fünf Jahren überstrapazierte Bild vom „ehrbaren Kaufmann“ erneut bemühen. Allerdings will ich eines deutlich machen: Wir müssen mit dem Nachtragshaushalt offen und klar bilanzieren, wo Nordrhein-Westfalen finanziell wirklich steht. Wir brauchen einen Neuanfang. Ein Neuanfang macht es unbedingt erforderlich, einen klaren und eindeutigen Schlussstrich unter die bisherige Finanzpolitik zu ziehen.

Meine Damen und Herren, für den Fall, dass Ihnen all das von den Worten her irgendwie bekannt vorkommt: Das lässt sich im Plenarprotokoll vom 26. Oktober 2005 nachlesen. Der ehemalige Finanzminister, der im Augenblick neue Beschäftigungsmöglichkeiten sucht, hat seinerzeit die Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts hier auch politisch zu begründen versucht, nach dem Motto: Wir müssen sehen, wo Nordrhein-Westfalen nach der rot-grünen Regierung steht, und wir haben einen Anspruch darauf, eine politische Schlussbilanz zu ziehen.

Meine Damen und Herren, was Sie seinerzeit für sich in Anspruch genommen haben, nehmen wir hier und heute für uns in Anspruch.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich weiß, weshalb Sie das Thema scheuen: weil eine Schlussabrechnung deutlich Versäumnisse der Vergangenheit offenlegt und nachweist, dass Sie aus kosmetischen Gründen schon bei der Einbringung des Haushalts 2010 Veranschlagungen unterlassen haben. Es ging Ihnen seinerzeit doch nicht darum, hier Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu befördern. Nein, Sie wollten aus wahlkampfaktischen Gründen unter einer magischen Grenze der Neuverschuldung bleiben.

Meine Damen und Herren, das holt Sie hier und heute natürlich wieder ein. Ich kann es mit einer Prüfbemerkung - eine solche steht manchmal unter Bilanzen - vielleicht deutlich machen: Die Unterlassungen und Fehlbuchungen der Vorgängerregierung halten sich im üblichen Umfang. - Und Sie machen auch genauso weiter.

So richtig es ist, dass die Steuereinnahmen wieder ansteigen, so richtig ist es auch, dass wir bei Weitem noch nicht wieder das Niveau der steuerstarken Jahre, in denen Sie hier Regierungsverantwortung getragen haben, erreicht haben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir haben im Verhältnis immer noch einen ganz deutlichen Minderbetrag, und es geht munter so weiter. In Ihrem Antrag - jetzt habe ich eine kleine Rechenaufgabe für den Kollegen Weisbrich - sprechen Sie von Steuermehreinnahmen in Höhe von 700 Millionen €. Es stehen ja noch einige Diskussionsrunden an; vielleicht kommen Sie gleich noch einmal nach vorne und erklären uns einmal, wie Sie auf diese Zahl kommen. Vielleicht überdenken Sie dabei, dass die Steuermindereinnahmen, die die Steuerschätzung im Mai ergeben hat, von der Vorgängerregierung nicht etatisiert worden sind und dass damals auch keine Anpassung erfolgt ist.

Ich kann Ihnen bei aller vollmundigen Rhetorik hier nur mit auf den Weg geben: Auch abgewählten Finanzpolitikern schadet es nicht - wir verlangen keinen Dreisatz von Ihnen -, wenn sie einen gewissen Basisbestand an Grundrechenarten in ihre Überlegungen mit einbeziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Nur der Kollege Papke hat darauf angespielt, dass die Nummer mit der WestLB hier nicht in Vergessenheit gerät. Sie haben sich auf das, was im Rahmen der Risikovorsorge bisher abgeflossen ist, bezogen. Richtig! Sie haben dem Parlament aber unterschlagen, dass der Puffer erschöpft ist.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Er ist nicht erschöpft, Herr Kollege!)

Sie haben darüber hinaus nicht auf die Garantien des Landes für die ausgelagerten Papiere, die Werthaltigkeitsgarantie in Richtung NRW.BANK und die Eigenkapitalgarantie hingewiesen. Wenn Sie regelmäßig dem Finanzausschuss beiwohnen würden, lieber Kollege Papke, würden Sie diese Kenntnisse haben. Das summiert sich insgesamt auf einen Betrag von über 6 Milliarden €.

Jetzt stellt sich die Frage: Wie und wann ist das zu veranschlagen? Wollen Sie nach dem Motto „Augen zu und durch“ darauf warten, dass ein solches Risiko - möglicherweise in einem einzigen Haushaltsjahr - schlägt? Stellen Sie sich einmal die Folgen nicht nur für den Haushalt unseres Landes, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes vor! Wollen Sie das abwarten? Oder wollen Sie wie der von Ihnen überstrapazierte „ehrbare Kaufmann“ nicht zum richtigen Zeitpunkt Rückstellungen bzw. Rücklagen bilden, damit wir für solch eine Situation gewappnet sind? Hier geht es tatsächlich um Zukunftsrisiken für unser Land. Ich bin der Regierung und dem Finanzminister dankbar dafür, dass hier endlich angemessene Vorsorge getroffen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich erwähne die Soforthilfe für die Kommunen. Ich kann mich daran erinnern, dass auch Herr Linssen vor der Wahl auf einmal überlegt hat, den Kommunen zu helfen. Sie stimmen hier mit uns gemeinsam in einer denkwürdigen Sitzung dafür, dass den Kommunen geholfen wird, und wollen ihnen an dieser Stelle die Soforthilfe unserer Landesregierung quasi vorenthalten. Das passt vorne und hinten nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Hans-Willi Körfges (SPD): Da ich gerade bei den Kommunen bin - ich werde aufgefordert, mich kurz zu fassen -, möchte ich noch zwei Hinweise geben.

Meine Damen und Herren, Sie haben den Ausbau der U3-Betreuung chronisch unterfinanziert. Wollen Sie tatsächlich, dass wir an der Stelle die Kommunen alleinlassen und dass in Angriff genommene Bauvorhaben nicht fertiggestellt werden? Wollen Sie den Menschen vor Ort das wirklich sagen?

(Beifall von der SPD)

Ich will schließen mit der Bemerkung, dass wir auch mit dem KiFöG eine von Ihnen hinterlassene offene Baustelle haben.

Meine Damen und Herren, wir scheuen die Abschlussbilanz nicht. Sie haben sie zu scheuen. Sie wollen sich ihr nicht stellen. Dafür stehen wir aber nicht zur Verfügung. Wir ziehen einen klaren Schlussstrich unter die desaströse Politik der letzten fünf Jahre. Und dafür ist dieser Nachtrag ein geeignetes und taugliches Mittel. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN - Christian Möbius [CDU]: Da lachen ja die Hühner!)